Einzelpreis 20 Pfg. · 3. Jahrgang · Freitag, 10. Dezember 1920 · Nummer 525 · Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 18,– M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband liefern für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Valuta-Aufschlag, der Brief für Deutschland und Österreich 20,– M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,– M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,– M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,– M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4510, 4603, 4635, 4649, 4921

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Eine törichte Hoffnung

Im „Hamburger Echo" leitartikelt S. Nestriepke über die Vereinigung der alten mit den neuen Kommunisten, und er stellt im Anschluß daran Betrachtungen über den mutmaßlichen weiteren Verlauf der Entwicklung der Kommunistischen Partei an. Nestriepke meint, daß viele Anhänger von der Kommunistischen Partei bald wieder abfallen würden. Entweder sie treibe auch künftig eine bloße Politik der Phrasendreschelei und des Maulaufreißens oder sie versuche irgendwie „praktische Arbeit" zu leisten. Dann würde sie sehr rasch erkennen, daß auch sie nur mit Wasser kochen könne. In dem einen wie in dem anderen Falle würden viele der Anhänger enttäuscht werden und sich von ihr wenden. Der eine Teil werde zur K. A. P. D. gehen, der andere den Weg nach rechts zurückfinden.

Die Unabhängige Sozialdemokratie werde keinen Vorteil mehr davon haben, denn unsere Partei besitze keine Prinzipien und daher habe sie keine Existenzberechtigung mehr. Zudem sei unsere Partei belastet mit dem Fluch, daß die Führer die Hauptschuld daran trügen, wenn in der Arbeiterbewegung die bolschewistischen Lehren eine so starke Verwirrung anrichten konnten und wenn eine aufbauende sozialistische Arbeit nicht geleistet werden konnte, wenn heute eine rein bürgerliche Reichsregierung das Szepter führe und unter ihrer Duldung und Förderung die Reaktion in der Verwaltung und Reichswehr immer neue Triumphe feiere, der Kapitalismus immer fetter und gesünder werde. Die Taktik der Nachgiebigkeit an die kommunistischen Räteverherrlicher, des Verzichts auf die energische Verfechtung einer eigenen Meinung habe auch dazu geführt, daß die politische Arbeit wieder und wieder gehemmt und gestört worden sei durch die Schrullen und Sinnlosigkeiten der kommunistischen Phrasenhelden.

Es gibt einen alten Spruch, wonach Menschen, die einmal totgesagt sind, noch ein sehr langes Leben vor sich haben. Die U. S. P. D. ist aber nicht erst einmal, sondern schon zweimal totgesagt worden, erst von den Kommunisten und jetzt von den Rechtssozialisten, und so dürfen wir hoffen, daß auch uns noch ein sehr langes Dasein beschieden ist. Wir teilen in dieser Beziehung das Schicksal der alten sozialdemokratischen Partei, der hundertmal von den Liberalen verkündet worden war, daß sie eigentlich keine Existenzberechtigung habe. Die Wilhelminer hielten sie gar für eine vorübergehende Erscheinung und was dergleichen Aussprüche mehr waren.

Wir erinnern uns auch, daß schon während des Krieges die Herren Winnig, Lensch und Heine verächtlich auf das „Häuflein" derer herabblickten, die sich erst in der Opposition gegen die Kriegspolitik der Parteiinstanzen und später in der Unabhängigen Sozialdemokratie zusammenfanden. Diese Propheten sind politisch längst tot, und wie die harten Tatsachen des wirtschaftlichen und politischen Lebens die Unabhängige Sozialdemokratie zur Massenpartei des revolutionären Proletariats entwickelt hatten zu der Partei, die die ganze Arbeiterbewegung mit ihrem heiß pulsierendem Atem erfüllte, so wird die Unabhängige Sozialdemokratie auch künftig trotz der vorübergehenden kommunistischen Schwächung die führende Rolle im deutschen Proletariat behalten, die ihr von der Geschichte vorgeschrieben ist.

Denn Parteien sind nicht künstliche Schöpfungen irgend welcher Personen und mögen sie noch so überragende Genies sein, sondern die Ergebnisse gesellschaftlicher Vorgänge. Und zumal Arbeiterparteien! Weder haben die Levi und Däumig die Vereinigte Kommunistische Partei, noch die Hilferding und Breitscheid die Unabhängige Sozialdemokratie, noch auch die Scheidemann und Noske die rechtssozialistische Partei „gemacht". Mit der Veränderung und Umgestaltung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse entstehen und verändern sich die Parteien, kommen und gehen die Organisationen der Klassen. Die ökonomische Entwicklung vor dem Kriege hatte die alte Sozialdemokratie immer mehr in das sozialreformerische Fahrwasser gedrängt und solche Führer an die Spitze gelangen lassen, die am 4. August 1914 in ihrer Mehrheit nichts eiligeres zu tun hatten, als die alten Klassenkampfgedanken abzuschwören und eine burgfriedliche Arbeitsgemeinschaft mit den bürgerlichen Parteien, den Parteien des Kapitals einzugehen. Der Krieg mußte dann wieder die Elemente aus der Arbeiterbewegung auf die politische Bühne führen, die nur im Kampf gegen das Kapital den Weg zum Sozialismus gehen wollten. So entstand die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, und so, als die unbestechliche Führerin des revolutionären Proletariats, hat sie sich das Vertrauen der Arbeiterklasse erworben, ist sie zur Massenpartei geworden.

Der Krieg aber hat nicht nur die revolutionären Energieen in der Arbeiterklasse geweckt, er hat zugleich jene Verfallserscheinungen verursacht, die den Nährboden für das Entstehen und die Entwicklung der kommunistischen Parteien der verschiedenen Spielarten bildet. Denn was wir bei den kommunistischen Parteigebilden beobachten, heute sich vereinigend, morgen sich abstoßend, das eine Mal brüderlich umschlungen, das andere Mal sich in tödlichem Hasse verzehrend, ein brodelndes Durcheinander von Unklarheiten, Illusionen, unreifen Ideen und gedankenlosem Wortgeklingel, ist nicht revolutionäre Kraft, sondern rebellische Auflehnung. Der durch den Krieg herbeigeführte Bankerott des Kapitalismus hat das Proletariat in unendliches Elend gestürzt; aber ein verelendetes Proletariat neigt viel mehr zu kleinbürgerlich-anarchistisch-rebellierenden Auffassungen, von denen es eine sofortige Beseitigung seiner Not erhofft, als daß es fähig wäre, einen bewußt revolutionären Kampf zu führen, der möglicherweise heute und morgen noch nicht die Erfüllungen aller Forderungen bringt. Die Unabhängige Sozialdemokratie als eine revolutionäre Massenpartei, die auf den Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus fußt, muß den mühsameren Weg gehen; sie lehrt die Arbeiter, daß sie als organisierte Klasse und nicht als formlose Masse den Kampf gegen das Kapital zu führen haben; daß sie die rauhen Tatsachen des wirtschaftlichen und politischen Lebens erkennen müssen, nicht um sie zu mißachten, sondern um sie kämpfend zu überwinden.

Dadurch unterscheiden wir uns aber auch so deutlich wie nur möglich von der rechtssozialistischen Partei. Nestriepke meint in seinem Artikel, es gebe nur einen Weg, dem Proletariat die Macht zu erobern: den Kampf auf dem Boden der Demokratie. Nein, das ist nicht der Weg! Das Proletariat muß vom Boden des Klassenkampfs aus mit den Mächten des Kapitals ringen; nicht die bürgerliche Demokratie, von der die Rechtssozialisten träumen, ist unser Ziel, sondern die Ueberwindung der Klassenherrschaft durch den Sieg des Proletariats. Die Rechtssozialisten sind dem Kampf, der zu diesem Ziel führt, bisher ausgewichen, und wir glauben nicht daran, daß sie ihn künftig führen wollen, trotz der starken Worte, die man jetzt von einigen ihrer Wortführer hören kann.

Auch Nestriepke beweist mit seinem Artikel, daß die Rechtssozialisten auch für die Folge diesem Kampfe auszuweichen entschlossen sind. Wie hätte er sonst die fast irrsinnig klingende Behauptung aufstellen können, daß die falsche Einstellung der unabhängigen Taktik die „aufbauende sozialistische Arbeit" gestört habe? Nestriepke selbst hat viele schöne Aufsätze und Schriften gegen die rechtssozialistische Politik verfaßt, solange er noch Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratie war; nachdem er aber, als alter Demokrat, wegen unserer Programmforderung der Diktatur des Proletariats von uns geschieden ist, glaubt er nach übler Renegatenmanier heute das verbrennen zu müssen, was er gestern noch angebetet hatte.

Nein: Nicht unsere Nachgiebigkeit gegen die Bolschewisten, nicht unser Bekenntnis zum Rätesystem, nicht unsere Forderung der Diktatur des Proletariats zur Verwirklichung des Sozialismus sind schuld daran, daß „der Kapitalismus immer fetter und gesunder wird", sondern das von den Rechtssozialisten mit den bürgerlichen Parteien eingegangene Bündnis hat dem Kapital tausend Möglichkeiten gegeben, seine alten Stellungen wieder zu beziehen und seine Vorherrschaft im wirtschaftlichen und politischen Leben erneut zu befestigen. Zugleich aber schwächte die rechtssozialistische Koalitions- und Noskepolitik die Arbeiterklasse in ihrem Kampf, half sie die Verwirrung im proletarischen Lager steigern, stärkte sie den Einfluß jener kleinbürgerlich-anarchistischen Elemente, die nicht von der sozialen Revolution, sondern von der Rebellion die Befreiung der Arbeiterklasse erhoffen.

Die Rechtssozialisten denken noch immer nicht daran, diese schmähliche Politik aufzugeben, trotzdem ihr Zusammenbruch schon längst klar vor aller Augen liegt. An dieser Tatsache vermögen alle großen Worte von dem „Kampf gegen die Reaktion" nichts zu ändern. Die rechtssozialistischen Führer sehnen den Tag herbei, der die Regierungskoalition mit den bürgerlichen Parteien wieder erneuern soll. Welcher Anstrengungen der Chemnitzer Richtung der Rechtssozialisten hat es erst dieser Tage in Sachsen bedurft, damit ihre Parteileitung sich nicht wieder dem Bürgertum an den Hals werfe! Darum mögen sich die Demokraten in der rechtssozialistischen Partei nicht der törichten Hoffnung hingeben, als ob nunmehr das revolutionäre Proletariat nichts wichtigeres zu tun habe, als bei ihnen neue Mitgliedsbücher zu erwerben. Die Unabhängige Sozialdemokratie wird, nachdem sich die anarchisielnden Elemente von ihr gelöst haben, mit um so größerem Eifer die Arbeiterklasse um ihre Fahne sammeln, um sowohl die reformistische, den Kapitalismus stärkende Politik der Rechtssozialisten zu bekämpfen, als auch der Verwirrung auf der linken Seite die sicheren Grundsätze des wissenschaftlichen Sozialismus entgegenzuhalten. Nicht um des eigenen Parteinutzens willen wird die Unabhängige Sozialdemokratie die Massenpartei des revolutionären Proletariats bleiben, sondern weil ohne sie die deutsche Arbeiterbewegung zum Spielball der kapitalistischen Launen werden muß.

Die Regierung schützt die Orgesch

Keine Entwaffnung und Auflösung der Selbstschutzorganisationen

Die deutsche Regierung hat der interalliierten Militärkontrollkommission eine Note übergeben, in der sie ausführt, daß auf die Auflösung der Selbstschutzorganisationen die Bestimmungen des Friedensvertrages nicht Anwendung finden könnten und daß diese Frage eine innere Angelegenheit sei. Solange die Staatsgewalt infolge von außergewöhnlichen Umständen ihren Aufgaben nicht gewachsen sei, müsse man die Selbstschutzorganisationen bestehen lassen. Die Entwaffnung der Einwohnerwehren dagegen werde mit allen Mitteln durchgeführt werden. Die Verhältnisse seien jedoch in den einzelnen Reichsstellen verschieden. Im ganzen Reich, außer Bayern und Ostpreußen, sei die Ablieferung der schweren Waffen der Selbstschutzorganisationen im wesentlichen beendet. Ihre leichten Waffen würden im allgemeinen Ende Januar eingezogen werden; im Laufe des Februar werde die Entwaffnung der Selbstschutzorganisationen mit Ausnahme der bayerischen und ostpreußischen Bevölkerung durchgeführt sein.

In der Note wird weiter ausgeführt, weshalb Bayern und Ostpreußen eine Sonderstellung einnehmen müßten. In Bayern stehe die Bevölkerung noch unter dem Eindruck der Erlebnisse des Frühjahres 1919, wo die ordnungsliebenden Elemente sich aufgerafft und für die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung gesorgt hätten. Die staatlichen Machtmittel seien dort noch ganz unzureichend, dagegen seien in Bayern die umstürzlerischen Elemente noch stark vertreten. Es stehe fest, daß sich noch sehr beträchtliche Mengen von Waffen aller Art in den Händen von ordnungsfeindlichen Elementen befänden. Erst wenn deren Entwaffnung durchgeführt sei, würden auch die in der Einwohnerwehr vereinigten staatserhaltenden Elemente ihre Waffen abliefern. In Ostpreußen seien die Selbstschutzorganisationen gebildet worden, als infolge der kriegerischen Ereignisse in den Grenzgebieten die Bevölkerung von tiefer Unruhe um Leben und Eigentum ergriffen worden sei. Auch jetzt sei noch zu befürchten, daß bei einem neuen Aufmarsch der Sowjetarmee an der litauischen Grenze alle Truppen und Polizeimannschaften aus dem Innern des Landes nach der Grenze geschafft werden müßten und deshalb sei es nicht möglich, die Entwaffnung der Bevölkerung vollständig durchzuführen. Die deutsche Regierung wünscht nun, daß die Entente sich diesen Gründen anschließe und anerkenne, daß die deutsche Regierung bisher alles zur Erfüllung der in Spaa übernommenen Verpflichtungen getan habe.

Aus dieser Note geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß die deutsche Regierung vor der bayerischen Reaktion und vor den ostelbischen Junkern die Waffen gestreckt hat. Sie will nicht nur die Einwohnerwehren in Bayern und in Ostpreußen aufrechterhalten, sondern sie verlangt darüber hinaus, daß der Orgesch von der Entente keine Schwierigkeiten bereitet werden. Es ist unwahr, daß sich in Bayern noch erhebliche Mengen von Waffen in den Händen der „ordnungsfeindlichen Elemente", worunter die Arbeiterschaft zu verstehen ist, befinden. Dagegen gesteht die Regierung selbst ein, daß die bayerische Einwohnerwehr sich noch des ungestörten Besitzes ihrer Waffen erfreut und daß sie nicht daran denkt, sie ihr zu nehmen. Aehnlich liegen die Verhältnisse in Ostpreußen, wo die Großgrundbesitzer auf alle Verfügungen der Regierung pfeifen und ihre Güter zu bewaffneten Heerlagern ausgestaltet haben.

So ist es also dahin gekommen, was von uns bei der Entwaffnungsaktion vorausgesagt wurde. Die Arbeiter haben ihre Waffen abgeliefert, die Bourgeoisie und insbesondere die Agrarier und die bayerischen Gegenrevolutionäre dürften ihre kriegerischen Ausrüstungen behalten. Das Gerede von dem Schutz gegen die „ordnungsfeindlichen Elemente" und gegen die Angriffe der Sowjetarmeen soll nur dazu dienen, die Tatsache zu verschleiern, daß die Gegenrevolutionäre nicht nur für den Tag rüsten, an dem sie die alte Staatsform wieder aufrichten können, sondern daß sie darüber hinaus alle Vorbereitungen für den von ihnen herbeigesehnten Revanchekrieg treffen!

Memoiren eines Kappisten

Der kappistische Major Buchrucker, der während der Kapptage in Cottbus hauste, hat seine Erlebnisse in Buchform erscheinen lassen. Er behauptet, nicht gewußt zu haben, daß Lüttwitz schon vor dem 13. März abgesetzt worden sei, und deshalb habe er sich auch an dessen Befehle gebunden geglaubt. Außerdem stützt sich der famose Herr auf den Belagerungszustand, der ihm das Recht gegeben habe, gegen Unruhen mit Waffengewalt vorzugehen. Unruhen: das waren für den Major auch die Versammlungen, in denen die Arbeiter gegen den kappistischen Staatsstreich protestierten. Deshalb schritt er mit Maschinengewehren gegen sie ein und ließ das Blut vieler unschuldiger Arbeiter fließen. Interessant ist, wie der Major dann den Raubzug auf die Druckerei unseres Cottbuser Parteiorgans „Freier Volkswille" darstellt:

Eine Gruppe unter einem Vizefeldwebel suchte das Haus ab. Geöffnet wurde trotz mehrfacher Aufforderung erst, als der Vizefeldwebel mit Handgranaten drohte. Der öffnende Mann machte in der Druckerei kein Licht und kam trotz Aufforderung nicht mit. Die Tür zur Druckerei war geschlossen. Der Vizefeldwebel schlug sie ein, fühlte sich beim Eindringen in die dunklen Räume bedroht und schleuderte drei Handgranaten. Hierdurch wurden, wie sich später herausstellte, die Pressen beschädigt. Waffen waren im Hause nicht auffindbar.

Wunderbar, wie stark in den Köpfen der Militaristen die Kriegslügen nachwirken. Die Männer Wilhelm Hohenzollerns können nicht anders. Sie müssen um die Wahrheit einen großen Bogen machen und finden dabei leider Gottes noch allerlei Gläubige. Dies ist der Tatbestand: Die Zerstörung der Schnellpresse in der Cottbuser Druckerei war planmäßig vorbereitet. Der Vizefeldwebel legte die Handgranaten zwischen das Räderwerk und die Farbwalzen, suchte sich die empfindlichsten Stellen der Maschine aus und zog die Granaten ab, als er der Wirkung sicher war. In Gefahr war er nicht!

Auf diesen Vandalenstreich antwortete dann später das Reichswehrministerium, als es schadenersatzpflichtig gemacht wurde: Das Vorgehen der Truppe war scharf abergerecht.

Um seine Vandalenstreiche zu verwischen, preist sich Buchrucker in seinen Memoiren als großen Mann an, nach dessen Blut die republikanischen Arbeiter „gedürstet" hätten. Tatsache ist, daß der Cottbuser Aktionsausschuß dem kappistischen Major das Leben retten wollte. Er sollte, wie unser Cottbuser Parteiblatt feststellt, nach Sorau in die Irrenanstalt gebracht werden, falls es gelungen wäre, ihn während der Kapptage zu verhaften. Gut, daß dieser böswillige Streich nicht geschehen ist, denn sonst hätte Herr Buchrucker die Literatur der Kriegslügen nicht mit seinem höchst wertvollen Beitrag bereichern können.

Verschärfung der Haferzwangswirtschaft

Annahme des Gesetzes über Betriebsbilanz

Zur Reichsratssitzung am Donnerstag lagen zahlreiche kleinere Gesetzentwürfe vor. — Der Bewilligung eines Ehrengeschenkes von 150 M. an hilfsbedürftige Kriegsteilnehmer von 64, 66 und 70 wurde zugestimmt. Angenommen wurde ferner eine Verordnung über die Verfütterung von Hafer. In der Begründung dazu wurde ausgeführt, daß die den Landwirten jetzt gestattete unbegrenzte Verfütterung von Hafer sich nicht bewährt habe. Statt der benötigten 1 Million Tonnen wurden an die Reichsgetreidestellen nur 38 000 Tonnen abgeliefert, was auf die Hoffnung der Landwirte zurückzuführen ist, dadurch vollkommene Freigabe höhere Preise zu erzielen. Angesichts der Anzeichen, daß bedeutende Mengen Hafer unter Ueberschreitung der Höchstpreise in den Schleichhandel kommen, erklärte sich der Reichsrat für straffere Handhabung der Zwangswirtschaft und für die Unmöglichkeit der Aufhebung der Zwangswirtschaft. — Nach der neuen Verordnung soll nunmehr jedem Haferproduzenten die Lieferung einer bestimmten Hafermenge zur Pflicht gemacht werden, um den Bedarf der Reichsgetreidestelle zu decken. — Durch besondere Strafen soll die Durchführung dieser Bestimmungen, besonders auch das Verbot der Verfütterung, gesichert werden und die Exekutive wird nach Erklärung der Regierung nachdrücklichst eingreifen.

Sodann nahm der Reichsrat den Gesetzentwurf über die Betriebsbilanz und die Betriebs-Gewinn- und Verlustrechnung an, der bestimmt, daß die Betriebsbilanz über das Unternehmen, die vom Unternehmer vorzulegen ist, nach den allgemeinen Grundsätzen über Bilanzen aufzustellen ist. Ausgenommen ist davon nur das private, dem Unternehmen nicht gewidmete Vermögen des Unternehmers. Das Recht, die Vorlegung zu verlangen, hat neben den Betriebsräten der einzelnen Betriebe auch der Gesamtbetriebsrat. Die gleichen Vorschriften gelten für die Gewinn- und Verlustrechnung. Die Vorlegung der Bilanz, sowie der Gewinn- und Verlustrechnung kann zum ersten Male verlangt werden für das zum 1. Januar 1921 abgelaufene Geschäftsjahr. — Auf Antrag Sachsens wurde beschlossen, daß von der Vorschrift ausgenommen sind für Betriebe, die mehrere Einzelbetriebe umfassen, solche Bilanzen, die bei Inkrafttreten des Gesetzes bereits aufgestellt waren. — Sonst wurde der Gesetzentwurf in der Ausschußfassung angenommen.

Der Bruderkampf in der Tschechoslowakei

Wie erinnerlich, war vor einiger Zeit das sozialdemokratische Organ „Pravo Lidu" von dem kommunistischen Flügel der tschechischen sozialdemokratischen Partei gewaltsam in Besitz genommen worden. Am Donnerstag wurden nun durch die neuen Besitzer der Druckereidirektor im Volkshause Humelhand und der Faktor Seidl entlassen.

Mit Rücksicht darauf, daß Humelhand aus dem Betriebe entfernt worden ist, hat der Prager Magistrat als Gewerbebehörde die Versiegelung der Druckerei im Volkshause angeordnet, die in den Abendstunden durchgeführt wurde. Polizei und Gendarmerie besetzten die Umgebung des Volkshauses und räumten dasselbe.

Amtlich wird dazu gemeldet: Durch Beschluß der Behörden der Republik wurde heute der Rechtszustand wiederhergestellt, indem die Druckerei des Volkshauses, das seinerzeit von dem linken Flügel der tschecho-slowakischen sozialdemokratischen Partei gewaltsam in Besitz genommen worden war, ihren rechtmäßigen Besitzern, der tschecho-slowakischen sozialdemokratischen Partei (Rechte), zurückgegeben wurde. Die Druckerei des Betriebes bleibt bis zum Eintritt ruhiger Verhältnisse von der Polizei besetzt. Bei der Räumung wurden die Gendarmen von den im Hofraum Angesammelten mit Ziegeln, Gläsern und anderen Gegenständen beworfen. Am Ausgange des Volkshauses waren Barrikaden aus Fässern und Handwagen errichtet. Ein Gendarm wurde am Kopfe schwerverletzt, neun weitere sowie ein Mann aus dem Publikum wurden leicht verletzt.

Henderson über Irland

London, 9. Dezember. (Reuter.)

Der Arbeiterführer Arthur Henderson, der kürzlich aus Irland zurückgekehrt ist, verurteilte in einer Rede in Lancashire die Regierungspolitik in Irland. Er erklärte, das Land stehe unter grausamer militärischer Besetzung. Das Volk werde terrorisiert. Ueberall sei jedoch der ernste Wunsch nach Frieden vorhanden. Henderson schlug einen Waffenstillstand vor, während dessen eine Konferenz zwischen Vertretern der britischen Regierung und des irischen Volkes stattfinden solle. Er sagte, er sei überzeugt, daß die katholische Kirche und die organisierte Arbeiterschaft einen solchen Versuch, zum Frieden zu kommen, unterstützen würden. Denn wenn jetzt kein Frieden zustande komme, würde das größte Chaos die Folge sein. Nur auf diese Weise könne der Herrschaft des Terrors in Irland ein Ende bereitet werden.

Wie verlautet, wird sich Lloyd George in seiner Antwort auf das Friedenstelegramm O'Flannagans zu Verhandlungen über den Frieden in Irland bereit erklären, jedoch unter der Bedingung, daß die Sinnfeiner von der irischen Republik Abstand nähmen, und ab der Mordfeldzug eingestellt werde.

Die „Times" teilt mit, daß die Fortschritte in den Verhandlungen über einen Ausgleich mit Irland gut sind. Das Blatt legt sehr großen Wert auf die Tatsache, daß Lloyd George eine lange Unterredung mit dem Erzbischof Clune hatte, welcher in letzter Zeit wichtige Besprechungen mit den Sinnfeinerführern hatte. Er hat Lloyd George bestimmte Erklärungen der Sinnfeinerführer überbracht. Die „Times" muß jedoch zugeben, daß alle Versuche der Arbeiterführer, eine Brücke zu den Sinnfeinern zu bauen, ergebnislos geblieben sind.

In Glasgow wurden weitere neun Sinnfeiner verhaftet, unter der Beschuldigung, Gewehre und Maschinengewehre einer militärischen Abteilung abgenommen zu haben, und zwar sollen sie 550 Pfund Sterling für 500 Gewehre und 15 Pfund Sterling für jedes Maschinengewehr geboten haben. — Die Eisenbahnangestellten der Donegal-Linie haben sich bereit erklärt, Truppen und Munition zu transportieren.

Friede im Kaukasus

TU. Konstantinopel, 10. Dezember.

Nach einer aus Angora eingelaufenen Nachricht, ist der Friedensvertrag zwischen Armenien und den Kemalisten in Alexandropol in der Nacht vom 2. zum 3. Dezember unterzeichnet worden. Alle Rüstungsmaterialien sind an die Türkei zurückzugeben, mit Ausnahme von 1500 Flinten und 20 Mitrailleusen, welche Armenien behält. Das armenische Territorium wird also nur noch auf das Gebiet von Eriwan und den Goktschasee beschränkt werden, mit Ausnahme von Kars und Alexandropol.

Nach einem bolschewistischen Radiotelegramm wird das Sowjetregime in Eriwan eingeführt werden und der Vertrag wird zwischen der bolschewistischen Republik von Rußland, Aserbeidschan, Armenien und den Kemalisten unterzeichnet werden.

Attentat im rumänischen Senat

Bukarest, 10. Dezember. (Telegraphen-Agentur Damian.)

In der gestrigen Sitzung des Senats wurde ein Bombenattentat verübt. Durch die Explosion wurden der Bischof Radis und der Minister Greceanu getötet; zwei Bischöfe, zwei Senatoren, ein Minister und ein General wurden schwer verletzt.

Die französische Orientpolitik

Abänderung des Vertrages von Sevres

In dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten und für Finanzen erschienen Mittwoch der französische Oberkommissar für Syrien, General Gouraud, und Ministerpräsident Leygues. Gouraud sprach sich über die Besetzung von Syrien und Cilicien aus und erklärte nach dem „Echo de Paris", wenn man sich mit den Türken einigen könne, wäre es möglich, die französischen Besatzungstruppen auf zwei Divisionen herabzusetzen. Allerdings dürften die französischen Interessen in Syrien nicht gefährdet werden.

Leygues erklärte nach dem „Petit Parisien", Frankreich müsse in Syrien bleiben. Cilicien aber solle aufgegeben werden, wenn die französischen Interessen in Syrien nicht mehr gefährdet seien. Damit dies erreicht werde, müsse man die türkische nationalistische Bewegung Mustafa Kemal Paschas beseitigen. Leygues hofft, daß dies auf dem Wege eines Abkommens mit der Türkei und durch eine Abänderung des Friedensvertrages von Sevrès möglich sein werde. Man müsse den berechtigten Forderungen der Türkei gerecht werden.

Nach dem „Matin" scheint die Absicht zu bestehen, Smyrna unter gewissen Bedingungen unter die türkische Herrschaft zu bringen. Schließlich sprach sich Leygues noch über die griechische Frage aus. Die bis jetzt getroffenen Maßnahmen hätten gezeigt, daß der französische Standpunkt bei den Verhandlungen in London gesiegt habe. **Die finanzielle Blockade werde den Griechen zeigen, wie schwer sie die Zurückberufung Konstantins erkauft hätten.**

Griechenland erhält die erste Lektion

Der englische Gesandte in Athen, Lord Granville, überreichte der griechischen Regierung eine Note, in der die Rückgängigmachung der letzten von den Alliierten gewährten Anleihe an Griechenland in Höhe von 400 Millionen Drachmen angekündigt wird.

Die Tragödie von Mechterstedt. Der Friedensbund der Kriegsteilnehmer veranstaltet am heutigen Freitag, abends 7½ Uhr, anläßlich des Zivilprozesses gegen die Marburger Studenten in der Aula des Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums in Neukölln, Kaiser-Friedrich-Straße, eine öffentliche Kundgebung. Redakteur Henning-Duderstedt referiert über die Tragödie von Mechterstedt" und Karl Vetter spricht über das Thema: „Marloh, Paasche — wo bleibt die Sühne?" Eintritt ist frei.

Das Brot der Armen

1785 kam der französische Parlamentspräsident Dupaty nach Italien. Er war ein mutiger Verteidiger und protestierte heftig gegen die Mängel und Greuel der französischen Gesetze. Seine Erlebnisse in Italien hat er in Briefen beschrieben, die Georg Forster 1789 übertragen hat.

Als Dupaty in die Republik Genua kam, die von aristokratischen Großkaufleuten regiert wurde, hörte er, daß unter Verwaltung und Aufsicht des Senates die Republik allein Brot, Wein, Holz und Oel verkaufte. Sie vertrat die Interessen des Großhändlers, nahm nicht den niedrigsten Preis und gab nicht das Beste zum Verkauf, sondern verkaufte die schlechteste Ware zum höchsten Preis und kümmerte sich nicht um das Murren der Menge. Das Volk ertrug dies Monopol, indem es bettelte, stahl und mordete, „das Volk empört sich nicht, wenn es ihm gefällt. Ein volles Glas fließt noch nicht über; ein Tropfen zuviel, dann erst fließt es über."

„Den Tropfen zu viel zu verhüten, das ist des Adels einzige Sorge. Seinem Geiz opfert er einen Teil seines Ansehens. Er kümmert sich um keine Verordnungen und erkauft das Stillschweigen der Schreier. Ich ging in die öffentliche Bäckerei. Hier liegt das Brot der Reichen, dort das Brot der weit zahlreicheren Armen. Ueberall sind doch die Armen eine Mittelgattung zwischen den Reichen und den Tieren, und wie nahe grenzen sie nicht an die Tierheit? Ich kostete das Brot für die Armen. Wie sind die Tiere so glücklich! Bei der Stimmung, welche ich aus diesem Hause mitnahm, verloren alle Schönheiten, alle Reichtümer des Palastes von Durazzo ihren Reiz für mich. Die Augen, welche Menschenelend sahen, verwundete der Anblick der Pracht und Ueppigkeit."

Verbrüderung: Drei neue Bändchen in der „Tribüne der Kunst und Zeit" (Erich Reiß, Verlag Berlin) erschienen: „Manifeste des brüderlichen Geistes". Herausgegeben von Max Krell. Henri Barbusse: „Auf zur Wahrheit!" Paul Collin: „Fluch dem Siege!" Sie proklamieren die Vereinigung aller Völker der Erde, die Ausmerzung aller Grenzen und Unterschiede, die Beseitigung der Klassen, das Ende des Nationalismus, Militarismus und Kapitalismus. Eine Zusammenstellung von „Manifesten des brüderlichen Geistes" gibt Max Krell: Pazifistisch im Grundton. Ein Schnitt durch die ersten Friedensjahre, eine Offenbarung menschlichster Regungen. Der Sozialismus schwingt nur in hörbarer Ferne. Aber der Wille ist stark, wenn schon Nebel auf dem Wege lagert. Das Bändchen bricht Lichtschächte in eine barbarische Zeit. Immerhin noch viel Literatur. Aufdringlich breit drängt sich ein geschäftiger Literat vor. Viel Nacherlebtes, wenig Erlebtes, mehr Geste als innere Bewegung. Der belgische Schriftsteller Paul Colin aber ringt mit einer unerschütterlichen Ausdauer und abwägenden Gerechtigkeit für die Internationale, sozialistisch fundamentiert, Anwalt aller mißhandelten Völker und Menschen. Sozialistische Erkenntnis erklärt ihm den Versailler Frieden, unter dem wir leiden, wie wir unter dem Kriege litten; die Herrn und Büttel haben nur die Namen gewechselt, wir selber bleiben stets die Opfer. Wie ein Prophet des „Alten Testamentes" spricht Henri Barbusse. Immer mit dem Todesgefühl im Hirn und der Menschenliebe im Herzen. Unbedingt und allumfassend als Forderer. Scharf zum linken Flügel hinüberschwenkend. Ein todesbewußter, erkenntnisreicher Träger unserer roten Fahne. Die Völker werden nicht vereinigt, ehe nicht die Klassengegensätze zerstört sind. Kn.

Die Tagung der Bühnengenossenschaft beschäftigte sich mit Berufsfragen der Schauspieler. Für gewerkschaftliche Erziehung trat in einem Referat Aufhäuser (vom Afa-Bund) ein. Nach heftigen persönlichen Debatten wurde dem Präsidium Rickelt das Vertrauen ausgesprochen.

Es machte sich bei der Opposition ein Zug zur Dezentralisation bemerkbar, der sich hauptsächlich für die Stärkung der Unterabteilungen der Bezirksverbände einsetzte, die vor Jahren von dem jetzigen Präsidium und Verwaltungsrat selber geschaffen und damit mit größerer Machtfülle ausgestattet worden sind. Die Richtung der Opposition geht dahin, diese Bezirksverbände zu eigentlichen Trägern der Bewegung zu machen und im Verwaltungsrat bloß das ausführende Organ zu sehen. Leider sind noch die meisten Bühnenmitglieder im sozialistischen Sinne wenig aufgeklärt. In der Hauptsache waren sich Opposition, geführt von Dr. Czempin, und Leitung einig in der Notwendigkeit eines gesicherten Etats, in welchem auch die Streikkasse stark bedacht werden soll. Es wurde ferner ein Mitgliedsbeitrag von 2 Prozent von der kleinsten bis zur größten Gage beschlossen. Wichtig ist auch ein Beschluß über die Gründung von einigen Musterschulen im Reiche mit unentgeltlicher Ausbildung. Diese Schulen sollen auch Prüfungsstellen sein für die gesamte anderwärts ausgebildete Schülerschaft. Der Bühnenverein (Arbeitgeberverband) soll verpflichtet werden, keinen Anfänger anzustellen, der nicht den Unterricht in der Schule genossen oder dort ein „Reifezeugnis" erhalten hat. Es wurde durch eine Statistik festgestellt, daß in 194 Theatern, welche sich an der Statistik beteiligt haben, durchschnittlich über 50 Prozent Anfänger angestellt sind, und auf diese Art wird mit „Lehrlingen" den Engagementslosen Konkurrenz gemacht. Im ganzen zeigte sich, daß nun auch die Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger dem Sinn und Wesen nach sich immer mehr zur Gewerkschaft mit Ausbau der Erwerbslosenunterstützung ausbildet. Bezeichnend ist jedoch die Zurückhaltung der meisten Höchstbesoldeten dem sozialen Problem gegenüber, rückständiges Verhalten, das in der Versammlung mit Recht scharf angegriffen wurde. Sollten sich diese gegen die erhöhten Beiträge wehren, so soll mit allen organisatorischen Maßnahmen gegen sie vorgegangen werden.

Musik

Zwei Mitglieder des Deutschen Opernhauses, Henriette Gotlieb und Julius vom Scheidt hatten sich zu einem Arien- und Duettabend zusammengefunden. Henriette Gotlieb eine frische Bühnenbegabung, sucht mit der erheblichen Geste ihrer Stimme auch den Konzertsaal zu erzwingen. Aber gerade in der reinen Gesanglichkeit prägen sich Mängel aus, die bei der Geste des schauspielerischen Stimmtemperaments sekundär erscheinen. Ansatz und ihre Tonbildung erfordern noch viel Schulung (Atemtechnik) und viel verinnerlichender Kultur. Dagegen ist vom Scheidt ein Sänger von Geist, der Aussprache und Klang fein durchdacht zum Ausdruck bringt, und das Musikalische stärker als den Effekt in den Vordergrund rückt.

Ein merkwürdiger Widerspruch zeigte sich bei der neugegründeten Triovereinigung Nikolas Lambinon, Gottfried Zeelander, Gertrud Hischler. Ich hörte zwei Sätze von Beethovens Klaviertrio Es-dur, die stilfremd heruntergekratzt wurden, während das Brahmssche Klaviertrio C-dur mit reifem Erfassen des melodischen Gehaltes und in sorgfältiger Ausarbeitung der dynamischen Werte streicheredel und anschlagsgesättigt erklang. Zwischen diesen beiden Werken stand das Klaviertrio b-moll von Lothar Windsberger. Die Nachbarschaft von Brahms war verhängnisvoll; denn deutlicher konnte die degenerative Abstammung nicht demonstriert werden. Während eigensüchtige Anzeichen in einzelnen Temperamenten und für Augenblicke in der Verbindung aufbegehrender Linien vorhanden sind, verfällt die Melodik und Stimmverwebung bei quabbelnder Führung ins zweifelhafteste Genre.

„Der Anbruch" hatte gestern in der Philharmonie sein zweites Orchesterkonzert. An Stelle des verhinderten Schreker dirigierte Meyrowitz eine nachwagnerische Frühlingsouvertüre von Alois Haba, die nur durch den Mangel an Neuartigkeit überraschte. Interessanter, farbiger und großzügiger war ein finnisches Konzert von Josef Rosenstock mit dem Komponisten am Flügel. Den Abschluß bildete statt Schreker und Debussy die glänzende Wiedergabe der römischen Sinfonie des Italiener Respighi.

Eine neue Oper des jungen Wiener Komponisten Korngold „Die tote Stadt" hatte bei der Uraufführung im Hamburger Stadttheater starken Erfolg.

Es gibt Klischbildchen mit dem Titel „Schmeichelkätzchen", es schmollt es, oft grollt es und immer markiert es. Dieses man „Vortragsabend von Erna Maerkert", einem jüngeren, vielleicht an sich gar nicht uninteressanten Mädchen, das sich auch mit Literatur beschäftigt. Weshalb stürzt ihr euch immer in Unkosten, weshalb tragt ihr nicht zu Hause vor, dort stört ihr wenigstens nur die Mitbewohner. Glücklicherweise kommt kein Ärgernis zu euch.

In der Volksbühne findet am Sonnabend nächster Woche die Erstaufführung von Schillers „Wallensteins Tod" mit Friedrich Kayßler als Wallenstein statt.

Grausiges Erwachen

Der A. D. G. B. und die Antistreikverordnung

Der aus Anlaß des Berliner Elektrikerstreiks ergangene Antistreikerlaß Eberts steht noch immer auf der Tagesordnung. Jetzt nimmt der „Gewerkschaftliche Nachrichtendienst" des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in einem sehr energischen Artikel Stellung zu der Verordnung und zu den durch ihr Erscheinen aufgerollten prinzipiellen Fragen. Der „Nachrichtendienst" erinnert zunächst daran, daß die Verordnung, die am 10. November veröffentlicht wurde, bereits am 8. November fertig war. Die Götter mögen es wissen, weshalb die Regierung den Erlaß zwei Tage lang in der Tasche behielt. Sie habe, klagt der „Nachrichtendienst" die Regierung an, in den 48 Stunden zwischen der Fertigstellung und der Veröffentlichung des Erlasses nichts getan, um die Spitzenverbände „von ihrer Absicht zu unterrichten und sie darüber zu Rate zu ziehen". Mit Recht erhebt die Korrespondenz des A. D. G. B. diese Forderung, aber vielleicht zieht sie aus dieser Nichtachtung der Spitzenverbände auch den Schluß, daß die Regierung aus dem sonstigen Verhalten der Gewerkschaften wohl den Schluß gezogen haben mag, daß sie der Zustimmung der in ihrer Mehrheit rechtssozialistischen Organisationsleitungen sicher sein konnte. Der „Gewerkschaftliche Nachrichtendienst" fährt fort:

„Obwohl Zeit genug vorhanden war, um gewerkschaftliche Arbeitervertreter zu hören, entzog sich die Regierung dieser selbstverständlichen Pflicht, um die Arbeiterschaft mit einem Ausnahmegesetz zu überraschen, ganz wie im wilhelminischen Zeitalter!"

Der Artikel weist sodann darauf hin, daß die Reichsregierung von einem etwaigen Recht, gegen wilde Streiks im Verordnungswege einzuschreiten, nur vorübergehend Gebrauch machen dürfe, dagegen bedeute der im Reichstage angenommene Antrag Schiffer, nach dem die Verordnung bis zur Einführung eines obligatorischen Schlichtungsverfahrens aufrecht erhalten werden soll, die Verewigung dieses Ausnahmerechts. Der „Gewerkschaftliche Nachrichtendienst" weist nach, daß ein solches Verhalten im Widerspruch zur Reichsverfassung stehe, und schließt diesen Teil seiner Betrachtungen mit folgenden Sätzen:

„Ob sich die Parteien des Reichstags bewußt waren, welche ungleich höheren Rechtsgüter sie durch ihren Entrechtungsbeschluß gefährden? Der Weg einer Ausnahmegesetzgebung gegen das Koalitionsrecht kann nur von einem Verfassungsbruch zum andern führen!"

Für die Gewerkschaften aber sei die Angelegenheit damit nicht erledigt. Dieser Auftakt im Reichstag sei erst der Anfang vom Ende der Antistreikverordnung. Die Gewerkschaften würden den Kampf gegen dieses Ausnahmerecht mit allen Mitteln aufnehmen und es bestehe nicht der mindeste Zweifel darüber, daß sie in diesem Kampfe die Sieger bleiben werden. „Sie werden sich auch," führt der Artikel fort, „mit den schärfsten Mitteln gegen jedes Bestreben zur Wehr setzen, die Schlichtungsordnung zur gesetzlichen Einschränkung des Koalitionsrechts zu benutzen." Die Vorgänge aus Anlaß des Elektrikerstreiks im Zusammenhang mit den Beratungen und mit der Beschlußfassung des Reichstages über den Antrag Schiffer scheinen also den Herren vom A. D. G. B. allmählich zum Bewußtsein zu bringen, daß jene Schlichtungsordnung von vornherein nur den Sinn gehabt hat, das Koalitionsrecht einzuschränken. Aber, heißt es in dem Artikel, „über das Koalitionsrecht gibt es bei den Gewerkschaften kein Feilschen und kein Verhandeln. Die Zeiten sind vorbei, in denen sich die Arbeiter ein beschränktes Koalitionsrecht gefallen ließen."

Zum Schluß richtet der „Gewerkschaftliche Nachrichtendienst" an Regierung, Parlament und Arbeiterschaft folgenden Appell:

„Wir raten der Reichsregierung dringend, die Verordnung vom 10. November sofort aufzuheben und nicht zu warten, bis die Schlichtungsordnung fertig ist. Es dürfte dann leicht zu spät sein. Daß der Reichstag sich so wenig als Schützer der Volksrechte erwies und nicht die sofortige Außerkraftsetzung der Verordnung verlangte, ist charakteristisch für dieses im Juni d. J. unter einer verantwortungslosen Agitation gewählte Parlament. Von dieser „Volksvertretung" kann man sich auch schlimmerer Dinge versehen. Um so weniger sollte das Reichskabinett so von aller Staatsklugheit verlassen sein, einen Kampf gegen die weitaus stärkste Klasse des deutschen Volkes aufzunehmen, in dem es sich nur Niederlagen holen kann. Wenn die Gewerkschaften die gesamte Arbeitnehmerschaft zur Wahrung des Koalitionsrechts aufrufen müssen, dann wird diese sich wie ein Mann erheben und das bedrohte Recht zu schützen wissen!"

Wir würden es nicht glauben, wenn wir es nicht schwarz auf weiß und noch dazu gedruckt vor uns sehen würden, daß in einem Organ des Bundes so energische Töne angeschlagen werden können. Aber zu solchen Enttäuschungen gelangt man, wenn man alles Heil erwartet vom Parlament, vom schiedlichen Beieinandersein mit Unternehmern in Arbeitsgemeinschaften und von guten Beziehungen zu Regierungsreden. Immerhin: wir freuen uns dieser Energie, möchten aber doch darauf aufmerksam machen, daß man, wenn solche Töne zur Tat werden sollen, die Arbeiterschaft für den außerparlamentarischen Kampf vorbereiten und bereithalten muß, was wiederum — man verzeihe unsere Ketzerei — nicht geschieht, wenn nach den üblichen Methoden unserer Gewerkschaftsleitungen die organisierten Massen auf eben jene Techtelmechtel-Politik verwiesen und auf Segnungen von oben vertröstet werden. Die ganze Art der von den Gewerkschaftsleitungen gepflegten Taktik kann nur zur Einschläferung der Aktivität der Massen führen, und darum kann es geschehen, daß die Gewerkschaftsführer eines schönen Tages, wenn es darauf ankommt, die Aktivität der Massen einzusetzen, eine neue Enttäuschung von der anderen Seite her erleben. Darum fordern wir auch hier wieder die Abkehr von solcher Politik. Erst dann wird man solchen energischen Worten des A. D. G. B. ernsthaften Glauben schenken können.

Die Besitzenden gegen das Reichsnotopfer

Die Verhandlungen des Steuerausschusses

Im Steuerausschuß des Reichstages setzten am Donnerstag die bürgerlichen Parteien ihre Sabotage gegen die Regierungsvorlage über die schnellere Einziehung des Notopfers fort. Der Deutschnationale Helfferich wünschte weitere Unterlagen und Auskunft darüber, ob die Entente die Hand auf die österreichische Vermögenssteuer habe legen wollen. Der Volksparteiler Dr. Becker (Hessen) äußerte den Wunsch, zunächst die Beratung über einen Referentenentwurf über eine Zwangsanleihe vorzunehmen, begnügte damit aber der Ablehnung der Regierung, die erklärte, an ihrer Vorlage über die schnelle Erhebung des Reichsnotopfers festhalten zu wollen. Für die Rechtssozialisten erklärte Dr. Braun, daß seine Fraktion auf dem Boden der Regierungsvorlage stehe und die Vorlage nicht durchlöchern lassen wolle. Hinsichtlich einer Zwangsanleihe würde er eine abwartende Stellung einnehmen. Er verstieg sich im übrigen zu einigen Androhungen. Er meinte, wenn die Vorlage über das Reichsnotopfer durchlöchert werde, so würden sich die Rechtssozialisten im Hinblick auf den Lohnabzug für die Einkommensteuer innerhalb und außerhalb des Hauses ihre Stellung vorbehalten. Das Lohnabzuggesetz sei auch nicht gut durchgearbeitet gewesen, und wenn die jetzige Vorlage einige Mängel habe, so dürften diese nicht dazu benutzt werden, die Vorlage zu verhindern. Die Besitzenden müssen zu den Lasten des Reiches hart herangezogen werden, damit die weniger Vermögenden darauf hingewiesen werden können. Die Steuerpflicht der Arbeiter werde leichter erfüllt, wenn die Reichen Steuerfreudigkeit zeigen.

Diese Erklärung ist eine scharfe Verurteilung der eigenen Stellung der Rechtssozialisten. Sie haben bei der Beratung des Einkommensteuergesetzes dem Lohnabzug zugestimmt, obwohl kein einziger daran zweifeln konnte, daß die Besitzenden, wenn das Steuerzahlen an sie herantreten werde, mit aller Entschiedenheit Widerstand leisten würden. Das ist in vollem Umfang eingetreten. Leider aber auch die Tatsache, daß die Arbeiter seit Monaten unter dem Lohnabzug zu leiden haben und die Besitzenden nicht daran denken, Steuern zu zahlen.

Auch Genosse Henke kritisierte eingehend die ablehnende Haltung der bürgerlichen Parteien und stellte sich auf den Boden der Regierungsvorlage, durch die ein schwacher Versuch zur Durchführung der Besitzsteuern unternommen werde. Ein Schlußantrag der sozialistischen Parteien wurde mit 11 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Die Beratungen werden heute fortgesetzt.

Die Notlage der Lazarettinsassen

Zur Nachahmung empfohlen

Die Offiziersvereinigung der deutschen Republik hat letzthin in der Presse mitgeteilt, daß sich in den deutschen Lazaretten gegenwärtig noch 40 000 Schwerkriegsverletzte befinden. Es wurde auf die große Notlage dieser Kriegsopfer hingewiesen und zu einer Sammlung für sie aufgefordert. Unsere Fraktion im thüringischen Landtag hat diese Anregung aufgegriffen und einen Antrag gestellt, den in thüringischen Lazaretten liegenden Schwerkriegsverletzten eine besondere Zuwendung, sei es in Wäsche oder anderen notwendigen Bedarfsartikeln, sei es in Geld, bis zur Höhe einer Monatslöhnung für Mannschaften zu machen. Die nähere Regelung soll durch Vereinbarungen zwischen der Regierung und den Lazarettverwaltungen einerseits und den Lazarettkommissionen der Schwerkriegsverletzten andererseits erfolgen. Ueber die verausgabte Summe ist dem Landtag bei seinem Wiederzusammentritt zur nachträglichen Genehmigung Mitteilung zu machen.

Dieser Antrag ist am 3. Dezember im thüringischen Landtag einstimmig angenommen worden. Es kommen für Thüringen etwa 400 Kriegsopfer in Betracht, denen die kleine Gabe, wie sie der Antrag vorsieht, am Weihnachtsfest zuteil werden wird.

Aufhebung der Postzensur

Das Reichspostministerium hat im Hinblick auf einige zu seiner Kenntnis gelangte Einzelfälle die Postanstalten angewiesen, bei Vornahme der üblichen rein postalischen Stichproben über die postalische Zulässigkeit von Drucksachensendungen, also auch von Kreuzbandsendungen mit Zeitungen, von der etwaigen Prüfung des textlichen Inhalts nach § 5 der Postordnung abzusehen, da eine sachgemäße Feststellung, ob der Inhalt gegen die Gesetze oder das öffentliche Wohl verstößt, für die Postbeamten schwierig und außerdem mit einem ungestörten Postbetriebe nicht vereinbar sei.

Es wird höchste Zeit, das Postgeheimnis wiederherzustellen. Wir hoffen, daß die Schnüffelpraxis bald vollständig begraben ist.

Kampfbereitschaft der Eisenbahner

In Kliems Festsälen tagte am Donnerstag abend eine Mitgliederversammlung der Berliner Verwaltungsstelle des Deutschen Eisenbahnerverbandes. Schon lange vor Beginn der Versammlung war der Saal derartig überfüllt, daß eine Parallelversammlung abgehalten werden mußte.

Der Verbandsvorsitzende des D. E. V., Scheffel, gab den Bericht über die gegenwärtige Lage. Er ging davon aus, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse für die Arbeiter, Angestellten und Beamten völlig unhaltbar seien. Der Vorstand des D. E. V. habe sich deshalb am 5. November in einer Eingabe an die Behörden mit dem Ersuchen gewandt, in Verhandlungen über Gewährung von Teuerungszuschlägen zu treten. Der Vorstand konnte sich dabei der Forderung des Reichsverbandes der Eisenbahner nicht anschließen, die eine Verdoppelung der Teuerungszuschläge forderten. Er konnte es nicht tun, weil die oberen Beamtenschichten dabei um das Mehrfache besser gestellt wären als die unteren, da deren Teuerungszuschläge schon heute bedeutend höher sind. Der D. E. V. forderte deshalb für alle Klassen eine Erhöhung der Teuerungszuschläge um mindestens eine Mark pro Stunde.

Scheffel schilderte dann die Verhandlungen im Reichstage, die ja durch die Tagespresse genügend bekannt seien. Am 8. Dezember fanden im Reichstag zwischen den Organisationen und den Vertretern der Ministerien Verhandlungen über den Tarifvertrag der Eisenbahner statt, die zu keinem Ergebnis führten. Der Reichseisenbahnminister Gröner und der Reichsfinanzminister Dr. Wirth gingen davon aus, daß die Finanzlage des Reiches so schlecht sei, daß sie eine Mehrbelastung des Etats in der geforderten Höhe nicht vertragen könnte. Gröner erklärte, daß sie sogar daran denken müßten, hunderttausend Mann zu entlassen, allerdings sei gegenwärtig noch nicht die Zeit dazu. Die Vertreter des D. E. V. erklärten demgegenüber der Regierung, daß sie nicht mehr in der Lage seien, die Verantwortung zu tragen. Die wirtschaftliche Not der Beamten und Arbeiter sei so gewachsen, daß diese der völligen Verelendung preisgegeben sind. Das hat im gesamten Reich eine Stimmung erzeugt, die geradezu nach Aktionen dränge. Auf die Arbeiter müsse es provozierend wirken, wenn die Regierung erklärt, daß sie erst nach Erledigung der Beamtenbesoldungsfrage in eine Prüfung darüber eintreten könne, ob und welche Maßnahmen sie zur Linderung der Not der Eisenbahnarbeiter ergreifen könne. Scheffel erklärte, daß die Verhandlungen abgebrochen worden sind und daß es nicht bekannt sei, wann sie weitergeführt werden. Der Vorstand des D. E. V. hat deshalb den erweiterten Vorstand telegraphisch zum Sonntag, dem 12. Dezember, zusammenberufen, der zu entscheiden haben wird, welche Maßnahmen von der Organisation ergriffen werden müssen. Der engere Vorstand ist darüber klar, daß er zur weiteren Zurückhaltung keine Veranlassung habe.

Wenn die Regierung in letzter Stunde nicht einlenkt, sei zu erwarten, daß der erweiterte Vorstand den Generalstreik beschließt. Der Regierung ist mit aller Deutlichkeit gesagt worden, daß es fünf Minuten vor 12 sei. Wenn sie dies nicht erkenne, so habe sie allein die Verantwortung für die Folgen zu tragen.

Scheffel ging dann im einzelnen auf die einzuschlagende Taktik ein. Er betonte, daß es mehrere Wege gibt, um die Regierung von ihrem Standpunkt abzubringen. Die Eisenbahner sollten sich auch darüber klar sein, daß die Regierung mit allen Mitteln versuchen werde, den eventuellen Streik niederzuschlagen. Er verweise nur auf die Verordnung des Reichspräsidenten beim Elektrikerstreik und der famosen Verordnung des Reichspostministers Giesberts. Das dürfe uns jedoch nicht verhindern, unsere Maßnahmen zu treffen, um im gegebenen Moment geeint und geschlossen den vom erweiterten Vorstand gegebenen Parolen zu folgen. Im Interesse weiter Kreise des Proletariats, im Hinblick der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse wäre es besser, wenn der Streik vermieden werden könnte. Sollte sich die Notwendigkeit des Streikes ergeben, so werde der Vorstand die Mitglieder dazu aufrufen. Dann muß die gesamte Eisenbahnerschaft hinter ihren Führern stehen, denn nur wenn wir einig sind, kann das gesteckte Ziel erreicht werden. (Lebhafter Beifall.)

In der lebhaften Diskussion sprachen sich die einzelnen Redner für die Durchsetzung der gestellten Forderungen aus. Folgende Resolution wurde nach einem kurzen Schlußwort Scheffels einstimmig angenommen:

Die heute in Kliems Festsälen zahlreich versammelten Eisenbahner fordern den Hauptvorstand auf, mit aller Energie und Stärke für sofortige Aufbesserung ihres Einkommens bis zur Höhe ihres Existenzminimums einzutreten und den Kampf rücksichtslos mit allen Mitteln, letzten Endes mit dem Streik, zu führen. Geschlossen verpflichten wir uns, in den Streik, auch bei eventuellem Streikverbot der Regierung, zu treten, wenn der Hauptvorstand uns ruft, und auf Streikunterstützung zu verzichten.

Eine zweite Resolution, die sich gegen die in Aussicht gestellte Entlassung von hunderttausend Eisenbahnern wandte, wurde ebenfalls einstimmig angenommen.

Klara Zetkin Vertreterin der kommunistischen Internationale in Tours. „Humanite" meldet, daß der Vollzugsausschuß der kommunistischen Internationale Klara Zetkin beauftragt habe, den Ausschuß auf dem Kongreß der französischen sozialistischen Partei in Tours am 25. Dezember zu vertreten.

Die Zahl der Arbeitslosen in England. Nach einer „Matin"-meldung aus London betrug im November die Zahl aller im Arbeitsministerium eingetragenen Arbeitslosen in England 251 000.

Vertrauenskundgebung für das belgische Kabinett. Die belgische Kammer hat gestern die Debatte über die Erklärung des neuen Kabinetts beendet. Sie hat mit 112 Stimmen gegen drei Stimmen und sechs Stimmenthaltungen eine Vertrauenstagesordnung für die neue Regierung angenommen.

Richtungsstreitigkeiten auch in Spanien. Im Zusammenhang mit dem Scheitern des Generalstreiks treten die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Syndakilisten immer deutlicher zu Tage. Der rechte Flügel wünscht eine Beteiligung an den Wahlen, die der linke verwirft. Durch diese neue Zersplitterung scheinen die Aussichten der gesamten Linksparteien für die Wahlen weiter verschlechtert.

Argentinische Ausfuhr. Die argentinische Regierung hat die Ausfuhr von Weizen und Weizenmehl freigegeben.

Eine mittelamerikanische Union. Aus San Jose wird gemeldet, daß dort eine Konferenz von 19 Vertretern mittelamerikanischer Staaten stattfand; auf dieser Konferenz wurde der Plan einer Vereinigung der fünf Republiken San Salvador, Guatemala, Costarica, Honduras und Nicaragua zu einer mittelamerikanischen Union entworfen.

Amerika schützt sich vor Einwanderung. Der Vorsitzende des Einwanderungsausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses legte dem Ausschuß einen Gesetzentwurf vor, in dem die Einwanderung für die nächsten zwei Jahre verboten wird für alle Einwanderer, die nicht durch Bande des Bluts mit einem Amerikaner oder mit einem Ausländer, der in den Vereinigten Staaten ansässig ist und die Absicht kundgegeben hat, sich naturalisieren zu lassen, verknüpft sind. „Daily News" zufolge befinden sich unter den 15 Millionen Europäern, die eine Ueberfahrt nach den Vereinigten Staaten nachgesucht haben, 5 Millionen Deutsche.

Groß-Berlin

Schnupfen und Kälte

Mit dem Eintritt der Winterkälte und der schweren Nebel beginnt auch wieder der Schnupfen in vermehrtem Maße aufzutreten. Denn das Eindringen der Bakterien verursacht an der, durch die Kälte ohnehin schon sehr empfindlichen Nasenschleimhaut jetzt besonders leicht die Schwellungen, die den Schnupfen bedingen. Da die den Schnupfen verbreitenden Bakterien in erster Linie in dem durch Niesen und Schneuzen aus der Nase abgesonderten Sekret enthalten sind, so ist auch, um so mehr, als das getrocknete Sekret leicht in der Luft zerstäubt, an Ansteckungsstoffen kein Mangel.

Schnupfen entsteht in der Regel infolge von Erkältung oder Ansteckung. Seine jeweilige Ursache kann man gewöhnlich schon an seinen ersten Anzeichen erkennen, indem, wie Schneider neuerdings festgestellt hat, bei Erkältungsschnupfen zuerst die Nase erkrankt, während bei Ansteckung als erste Kennzeichen Rachenbeschwerden, wie Trockenheit, Brennen und erschwertes Schlucken, auftreten. Wenn die Entzündung von der Nase auf Rachen, Mandeln oder gar die Stirnhöhle übergreift, so sind Rachen- und Stirnhöhlenkatarrhe bzw. Mandelentzündungen die Folge; anderseits kann sie, wenn sie in die Eustachische Röhre eintritt, auch Ohrenerkrankungen hervorrufen. Ein starker Schnupfen sollte demnach nicht zu leicht genommen werden, zumal da er, wenn die Entzündung den Kehlkopf, die Bronchien oder schließlich gar das Lungengewebe oder das Brustfell ergreift, auch schwere und langwierige Krankheiten nach sich ziehen kann. Man sollte daher, sobald sich die Erkrankung auch auf den Rachen, Kehlkopf oder die Stirnhöhle ausdehnt, das Zimmer hüten. Selbst ein leichter Schnupfen darf nie vernachlässigt werden. Als wirksames Gegenmittel gegen Schnupfen wendet man schweißtreibende Mittel an; auch heiße Fußbäder tun oft gute Dienste. Vermehrung der Schleimabsonderung erzielt man durch Einatmen von Karbolsäure und Ammoniak, die zu gleichen Teilen auf Löschpapier gegossen werden, während als Schnupfpulver Menthol oder Borsäure in Mengen von 0,20 bzw. 0,10 vermischt, zu empfehlen sind.

Das beste Mittel gegen den Erkältungsschnupfen ist und bleibt allerdings eine vernünftige Abhärtung, die den Körper gegen jeden plötzlichen Witterungswechsel widerstandsfähig macht.

Einkommensteuerfragen. Zur Einkommensteuer liegen einige bemerkenswerte Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts vor. Bei mehrfachem Wohnsitz sind die Gemeinden von dem Besteuerungsrecht ausgeschlossen, in denen der Steuerpflichtige sich im Laufe des vorangegangenen Rechnungsjahres überhaupt nicht oder nur kürzere Zeit als drei Monate aufgehalten hat. Diese Bestimmung kann von dem Steuerpflichtigen nicht nur in dem Verteilungsverfahren, sondern auch durch Einspruch gegen die Veranlagung einer einzelnen Gemeinde geltend gemacht werden. Hat der Kriegsausschuß einen Beschluß über die Heranziehung Neuanziehender zur Kreissteuer in den Gutsbezirken gefaßt, so stehen die Gutsbezirke, in denen der Aufenthalt des Steuerpflichtigen die Dauer von drei Monaten überstiegen hat, den sog. „qualifizierten" Wohnsitz- und Aufenthaltsgemeinden völlig gleich. Wenn bei einem Steuerpflichtigen die staats- und gemeindesteuerpflichtigen Einkommen sich decken und er wegen eines Erbfalls im Laufe des Steuerjahres nicht noch innerhalb des Steuerjahres in der Gemeinde anderweitig veranlagt wird, so gilt er dort für das vermehrte Einkommen als entgegen den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes unveranlagt geblieben, so daß einer Nachforderung nichts entgegensteht.

Erhöhte Erwerbslosenfürsorge im Winter. Eine Anpassung der Erwerbslosenfürsorge an die besonderen Bedürfnisse des Winters war von den Regierungen der einzelnen Länder als notwendig bezeichnet worden. Am besten würde sie als vorübergehende Erhöhung der Sätze durchgeführt werden. Die Reichsregierung hat sich dieser Auffassung in voller Uebereinstimmung mit dem parlamentarischen Unterausschuß des fünften Reichstagsausschusses angeschlossen. Der Reichsarbeitsminister hat jetzt die näheren Bestimmungen für die Durchführung aufgestellt. Die Gemeinden sind zu veranlassen, daß sie die nötigen Maßnahmen sofort in die Wege leiten. Die schlechten Finanzen des Reiches erlauben es nicht, neben der Erhöhung der Unterstützungssätze noch eine besondere Winterbeihilfe zu gewähren, wie das von einzelnen Ländern vorgeschlagen wurde. Zudem ist die besondere Beihilfe für die langfristig Erwerbslosen vielfach erst jetzt ausgezahlt worden. Im übrigen sollen vor allem die Haushaltungsvorstände und die kinderreichen Familien über den Durchschnitt der vorgesehenen Erhöhung hinaus berücksichtigt werden. So erhält z. B. ein verheirateter Erwerbsloser in der Ortsklasse A mit zwei Kindern unter 16 Jahren statt 15 M. in den Wintermonaten 22 M. Die

Erhöhung beträgt also hier fast 50 Prozent. Dagegen soll die Unterstützung der Erwerbslosen ohne eigenen Haushalt in geringerem Umfange verstärkt werden.

Von der Berliner Verwaltungs-Akademie. Für das Wintersemester 1920-21 sind 2800 Hörer eingeschrieben. Das bedeutet einen Zugang von 1300 Hörern gegenüber dem ersten und 1400 gegenüber dem zweiten Semester. Besonders stark belegt sind die Vorlesungen in den staatswissenschaftlichen und rechtswissenschaftlichen Abteilungen. Neu aufgenommen sind die Sonderlehrgänge für Sozial-, Post- und Telegraphenbeamte. Für die fachwissenschaftlichen Vorlesungen über Eisenbahnwesen hat der Herr Reichsverkehrsminister den Besuch dieser Vorlesungen den in der Ausbildung befindlichen Regierungsbauführern und -assessoren zur Pflicht gemacht. Ein Sonderlehrgang für die Ausbildung der Reichsbankbeamten beginnt am 1. Januar.

Im Deutschen Künstlertheater findet die Erstaufführung von Max Jungnickels Märchenspiel „Fitzlifitz, der Himmelsschneider" am Sonnabend, 11. d. M., nachmittags 3 Uhr, statt. Der Gesamtertrag der Vorstellung ist für die „Deutsche Kinderhilfe" bestimmt.

Einen grotesken Abend veranstaltet der Leon-Hirsch-Verlag am 14. Dezember, 7½ Uhr, im Harmonium-Saal, Steglitzer Str. 35, als seine 7. Veranstaltung. Kiez Hans tanzt groteske Tänze, John Höxter zeichnet eine „an den Haaren herbeigezogene Geschichte", Elisabet Klorkmann liest Grotesken von Mynona, Curt Corrinth liest aus seinem Roman Bordell, Raoul Hausmann trägt eigene politische Grotesken vor.

Im Graphischen Kabinett J. B. Neumann, W. 50, Kurfürstendamm 232, wird am Sonntag, den 12. Dezember, vormittags 11 Uhr, die vom Volkskraft-Bund veranstaltete Ausstellung „Graphik aus fünf Jahrhunderten" durch eine Führung des Kunsthistorikers Dr. A. Behne eröffnet. Eintritt 2 M. Werktags ist die Ausstellung bei freiem Eintritt von 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr geöffnet.

Alt-Glienicke. Eine Kinoveranstaltung des Volksbildungsausschusses findet am Sonnabend, den 11. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, für die Jugend (Eintrittspreis 25 Pf.) und am Sonntag, den 12. Dezember, nachmittags 6 Uhr, für Erwachsene (Eintrittspreis 1 Mk.), in der Aula der neuen Schule, statt. Auf dem Spielplan stehen: „Der Rattenfänger von Hameln" und „Der Tanz im Spiegel der Zeiten".

Zeugengesuch. Personen, die den Vorfall am 29. November, nachts 1½ Uhr, in Pankow, Heinstraße, vor dem Lokal von Adam beobachtet haben, wobei es zu Auseinandersetzungen zwischen Polizeibeamten und Zivilpersonen kam, werden gebeten, ihre Adressen an Rauchfuß, Pankow, Florastr. 24, abzugeben.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Sonnabend. Zeitweise aufklärend, jedoch überwiegend bewölkt, mit mäßigem Frost und meist schwachen, vorherrschend nordwestlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Gewerkschaftliches

Ein Beispiel der Skrupellosigkeit

Das Arbeitgebertum der Berliner Holzindustrie hat, nachdem es eine günstige Wirtschaftsperiode hinter sich hatte, es sich zur Aufgabe gemacht, als erster an den Lohnabbau heranzutreten. Trotz Entscheidungen der tariflichen Instanzen versucht man den Lohnabbau notorisch zu betreiben. Getreu den Beschlüssen ihrer Organisation folgen ihre Mitglieder, und zu denen gehört auch die Maschinenfabrik Neukölln, deren Inhaber der Wertheim-Konzern ist. Nach außen hin versucht die Firma Wertheim als Wohltätigkeitsinstitut aufzutreten, denn erst kürzlich hat sie der Sammlung für „Kinder in Not" 10 000 Mark gestiftet. Auf der anderen Seite besteht die Tatsache, daß die Väter der Kinder monatelang ausgesperrt werden.

Ende Mai d. J. wurde von der Direktion das Ansinnen an die Arbeiterschaft gestellt, billiger zu arbeiten, widrigenfalls der Betrieb nicht aufrechterhalten werden könne. Nach Ablehnung des gestellten Antrages wurde ab 1. Juli die Arbeitszeit reduziert und am 16. Juli eine größere Anzahl Arbeiter entlassen. Man glaubte, durch diese Maßnahme die Belegschaft einzuschüchtern und trat erneut an dieselbe mit dem vorerwähnten Antrag heran. Die Arbeiterschaft ließ sich nicht beirren; selbst die Erklärung eines Mitgliedes der Direktionsleitung, daß es den Auftrag hätte, die Löhne innerhalb dreier Monate abzubauen, blieb auf die Arbeiterschaft ohne Einfluß. Die Folge waren weitere Entlassungen. Die Arbeiterschaft protestierte gegen die Maßnahmen und verlangte von der Direktion die Aufstellung von Kalkulationen, um an der Hand derselben festzustellen, inwieweit die Unrentabilität des Betriebes auf Tatsachen beruht. Sollte sich aus den Kalkulationen feststellen, daß die Firma nicht konkurrenzfähig sei, wollte sie in eine Revision der Akkordsätze einwilligen.

Der Obermeister versuchte, die Kalkulationen aufzustellen. Als er jedoch an die Direktion herantrat, um auch deren Gehälter mit in dieselben einzustellen, verweigerte man die Angabe und lehnte zu gleicher Zeit die Aufstellung der Kalkulationen ab. Die Arbeiterschaft, im guten Glauben, daß in der Tat Kapitalmangel, wie die Firma angab, vorhanden sei, bemühte sich beim Landesarbeitsamt um dessen Unterstützung. Dasselbe sagte auch einer solchen zu. Als man der Firma den Erfolg mitteilte, lehnte sie jedoch in brüsker Weise die eventuell zu bewilligende Summe ab. Die Firma hatte das Bestreben, den Betrieb restlos stillzulegen unter dem Hinweis, Aufträge und Barmittel seien erschöpft. Es wurde nun versucht, durch die am Tarifvertrag beteiligten Organisationen vermittelnd einzugreifen. Bei diesen Verhandlungen ergab sich jedoch, daß die Firma von ihrem Vorhaben nicht abging und der Beweis liegt vor, daß auch bereits eine Stunde nach den Verhandlungen alle im Betrieb noch beschäftigten Arbeiter entlassen wurden. Eine größere Anzahl von Arbeitern hatte die im Akkord übernommenen Arbeiten noch nicht fertiggestellt. Auch diese wurden mit entlassen und die in Frage kommenden Akkordsätze restlos ausgezahlt, und zwar, wie die Firma selbst angibt, über 11 000 Mark. Es blieb im Betrieb somit eine ganze Anzahl unfertiger Arbeiten liegen, die bis zum heutigen Tag noch nicht fertiggestellt sind. Rohmaterialien aller Art zum Herstellen jeglicher Bedarfsmöbel sind vorhanden. Trotzdem hat die Firma von ihren rigorosen Maßnahmen nicht Abstand genommen.

Lohnregelung für Zeitungsausträgerinnen

Die im Deutschen Transportarbeiter-Verband organisierten Zeitungsausträgerinnen nahmen in den für die Firmen einberufenen Versammlungen den Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern entgegen. Die neuen Bedingungen treten in allen Firmen am 1. November in Kraft und gelten bis 31. März 1921.

Die Firmen Rud. Mosse A. Scherl G. m. b. H., Ullstein u. Co. zahlen jetzt für 100 Exemplare und Monat: bei einmaligem Austragen 66,50 Mk. (50 Mk.), bei zweimaligem Austragen 133 Mk. (100 Mk.). Die bereits gewährten Teuerungszulagen pro Monat von 24 Mk., 26 Mk., 27 Mk., sowie die Entfernungsgelder bleiben bestehen. Für die periodisch erscheinenden Zeitschriften werden die Sätze um 33 Prozent erhöht. Vom 15. September ds. Js. bis 15. März 1921 wird je 1 Liter Petroleum resp. eine geldliche Entschädigung gewährt.

Mit der Firma Zeitungs-Zentrale (Z.Z.) Akt.-Ges. wurde vereinbart: Für das einmalige Austragen wird pro Exemplar und Monat 70 Pfg. (50 Pfg.), für das zweimalige Austragen wird pro Exemplar und Monat 1,40 Mk. (1 Mk.) bezahlt. Die monatliche Teuerungszulage von 30 Mk. pro Tour sowie die Entfernungsgelderzuschläge für Vororttouren werden weiter gewährt. Für die Monate Oktober 1920 bis Ende März 1921 wird je ½ bis 1 Liter Petroleum geliefert. Die Zeitungsausträgerinnen verlangen hier eine höhere Entlohnung, da die Z.Z.-Frauen für etwa 10 Verlagsanstalten die verschiedensten Morgen- und Abendblätter auszutragen haben. Für periodisch erscheinende Zeitschriften, Broschüren 33 Prozent Zuschlag. Für die Austrägerinnen des Verlages „Freiheit" wird ab 1. November für zweimaliges Austragen pro Exemplar und Monat 1,60 Mk. (1,40 Mk.) sowie 20 Pfg. Kassiergeld bezahlt. Bei weit entfernt liegenden sowie Vororttouren werden Entfernungsgelderzuschläge gewährt. Für die Monate Dezember 1920 bis Ende Februar 1921 wird je 1 Liter Petroleum geliefert.

Lohnbewegung der Optiker. Die Optikergehilfen streben schon seit langer Zeit eine Aufbesserung ihrer Bezüge an, jedoch ohne Erfolg. Ein am 27. November gefällter Schiedsspruch gestand ihnen eine Wirtschaftsbeihilfe von 800 bis 1800 M. zu, die die Unternehmer ablehnten. Da alle Einigungsversuche scheiterten, wurde am 9. Dezember der Streik erklärt.

Die Arbeiterschaft der Firma Optische Industrie-Gesellschaft befindet sich seit 3 Wochen im Streik. Wir erwarten von allen arbeitslosen Kollegen, daß sie bei dieser Firma keinerlei Arbeit annehmen und ersuchen, den Zuzug fernzuhalten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Die Ortsverwaltung.

Die Generalversammlung der Buchbinder am Montag nahm den Geschäftsbericht über das 3. Quartal entgegen. In der Arbeitslosigkeit war Hochkonjunktur und zwar derart, daß Kollegen den Beruf gewechselt haben. Diese Tatsache erkläre einen Rückgang des Mitgliederbestandes. Am Schlusse des Berichtsquartals betrug die Mitgliederzahl 16 273. Der Kassenbericht vom 3. Quartal schließt für die Zentralkasse in Einnahme und Ausgabe mit 327 064 M. ab. — Die Lokalkasse hatte einschließlich des früheren Bestandes eine Gesamteinnahme von 463 573 M., der eine Ausgabe von 149 016 M. gegenüberstand. Der zweite Bevollmächtigte begründete dann mehrere Anträge der erweiterten Ortsverwaltung. Sie gehen dahin: „Die Tätigkeit der Kollegin Kotzeiniak in der Ortsverwaltung ist am 1. Januar zu beenden. — Die Wahl der Kollegin Schallert als Sekretärin der Buchbinderbranche ist als rechtswirksam getätigt anzusehen und sie ist bis zu den Neuwahlen als angestellt zu erachten, mit Wirkung ab 15. November. — Die Kollegin Mittermüller ist im Bureau beizubehalten bis zu den allgemeinen Neuwahlen." Nach eingehender Aussprache wurde den Anträgen des Vorstandes zugestimmt.

Zu dem Bericht über die Holzarbeiter-Generalversammlung in Nr. 521 schicken uns Genossen Siegle u. Zirkel folgende Zeilen: „Der Bericht über die Generalversammlung der Berliner Holzarbeiter enthält folgenden Satz: „Die durch die Generalversammlung am 27. August abberufenen früheren Bevollmächtigten Siegle und Zirkel haben, trotzdem sie seit dem 28. August keine Arbeit mehr geleistet und ihr Gehalt für September erhalten haben, auch für Oktober Gehaltsforderungen erhoben." Die darin zum Ausdruck gekommene Auffassung, als ob wir nach unserer Abberufung noch in der Lage wären, Arbeit zu leisten, ist irrig. Die Generalversammlung vom 27. August hat uns sofort unserer Posten enthoben, und das bedeutet natürlich auch die Entlassung. Wenn jemand seines Postens enthoben wird, namentlich dann, wenn er in leitender Stellung sich befindet, ist es ganz klar, daß für die Ausübung einer weiteren Tätigkeit keine Möglichkeit mehr vorhanden ist. Die Verrichtung von weiteren Arbeiten war auch schon deshalb unmöglich, weil unsere beiden Nachfolger bereits am anderen Tage ihre Posten angetreten haben. Es wird wohl jedem einleuchten, daß sich die bisher von uns geübte Tätigkeit nicht unter vier verteilen ließ. Aber ganz abgesehen von diesem rechtlichen Standpunkt machte es auch das persönliche Verhalten unserer beiden Nachfolger vor der Generalversammlung unmöglich, mit ihnen noch weiter in einem Bureau zusammen zu arbeiten. Das nachzuweisen sind wir jederzeit vor einem unparteiischen Schiedsgericht bereit. Wir konnten aber die Generalversammlung nicht als das Forum betrachten, vor dem diese Angelegenheit zum Austrag gebracht werden konnte, weil sie Partei ist, und beschränkten uns deshalb auf die Abgabe folgender Erklärung: „Die Gehaltsfrage ist für uns keine Geldfrage, sondern eine Rechtsfrage. Wir sind deshalb mit dem Vorschlag des Vorstandes einverstanden, ein unparteiisches Schiedsgericht in dieser Sache entscheiden zu lassen. Stellt sich das Schiedsgericht auf den vom Vorstand und uns vertretenen Standpunkt, so fällt der dadurch der Organisation entstehende finanzielle Schaden durchweg auf das Konto derer, die die damalige Versammlungsleitung an sich gerissen und eine ganz statutenwidrige Neuwahl der Verwaltung vorgenommen haben. Diejenigen, die unsere Nachfolgerschaft angetreten haben, haben sich durch Annahme dieser statutenwidrigen Wahl zum Mitschuldigen der dadurch eingetretenen anormalen Zustände in der Verwaltung gemacht. Sollte die Generalversammlung die Einsetzung eines Schiedsgerichts ablehnen, so würden wir dadurch auf den Rechtsweg gedrängt werden. Einem annehmbaren Vergleichsvorschlag beizutreten, sind wir jederzeit bereit."

K. Siegle. M. Zirkel."

Aus den Organisationen

17. Distrikt. Betrifft Weihnachtsbescherung der Kinder der arbeitslosen Genossen. In den Zahlabenden nicht erfaßte Genossen müssen die Namen ihrer Kinder spätestens bis Sonntag, den 12. Dezember, bei Genossen Fahl, Schulstraße 35/36, Hof links, Aufg. 3 Tr., angeben. Auch Kinder von Kurzarbeitern kommen in Betracht. Spätere Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Charlottenburg. Heute abend 7 Uhr Geschäftsleitungssitzung im Rathaus, Zimmer 304. — Sonnabend 7 Uhr Sitzung des Aktionsrats im Rathaus, Zimmer 1.

Vereinskalender

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Reinickendorf. Mitgliederversammlung im Restaurant Schulz, Wittenau, am Bahnhof, am Freitag, den 10. Dezember, abends 7½ Uhr. — Bezirk 3. Mitgliederversammlung im Restaurant Hagenbeck, Müller-, Ecke Seestraße, am Freitag, den 10. Dezember, abends 7½ Uhr. — Tegel. Mitgliederversammlung im Kasino Hohenzollern am Freitag, den 10. Dezember, abends 7½ Uhr. — Fachgruppenversammlung der Funkentelegraphieindustrie im blauen Saal des Nordischen Hofes, Invalidenstr. 126, am Freitag, den 10. Dezember, abends 7 Uhr.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabold, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Kameriner, Karlshorst. Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H. Berlin. — Druck der „Freiheit"-Druckerei G. m. b. H. Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die Kinderhilfswoche der Bourgeoisie
Die Verelendung des Proletariats
in der neuen Nummer
der
FREIEN WELT
Preis des Einzelheftes 60 Pfennig

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Todesanzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Metallarbeiter
Johann Lucka
Norweger Straße 6, am 7. d. Mts. gestorben ist.
Die Einäscherung findet am Sonnabend, den 11. d. Mts., nachmittags 1 Uhr, Krematorium Gerichtstraße statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Arbeiterin
Elfriede Prasse
Berlin, Prignitzer Straße 5, am 4. d. Mts. verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Alle Kreise
kaufen die Festgeschenke
bei Optikermeister
Max Trusch
Dresdener Str. 131 (Kottbus. Tor)
Große Auswahl
in Lorgnetten • Feldstecher
Operngläser von 47.50 M. an
Doublekneifer von 15 M. an
Nickelbrillen von 6.50 M. an

Kapitan-Kautabak
wieder reichlicher in der früheren guten Qualität zu beziehen durch die bekannten Verkaufsstellen
C. Röcher, Berlin, Lichtenberger Str. 22.

Freiheit-Leser
erhalten als Weihnachtspräsent
den
Ledebour - Prozess
statt 36 Mk. für 25 Mk.

Die politische und juristische Bedeutung des Ledebourprozesses stempelt das Werk zu einem zeitgeschichtlichen Dokument, in welchem die Konterrevolution, insbesondere auch die Klassenjustiz, erbarmungslos an den Pranger gestellt wird. Das Werk ist für den mit Interesse und inniger Anteilnahme an dem Verlauf der Revolution folgenden Arbeiter eine Quelle der Belehrung. Es sollte niemand, der die Möglichkeit besitzt, seine Anschaffung unterlassen, insbesondere sollte das Werk in keiner Bibliothek fehlen.

Bestellungen unter Beifügung der Abonnementsquittung oder dieses Inserats sind bis 20. Dezember zu richten an die
Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C2 • Breite Strasse 8–9

Arbeitskleidung :: Berufskleidung
kaufen Sie am besten und billigsten in dem größten Spezialgeschäft von
Kohnen & Jöring :: Berlin
Alexanderstr. 12 Rosenthaler Str. 53 Landsberger Allee 148 **Neukölln,** Bergstr. 61

Annahme in allen Expeditionen des Verlages
Kleine Anzeigen
Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breitestr. 8-9
Das Ueberschriftswort 2.— Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto.
Stellungsgesuche: Ueberschriftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.— Mk.

Verkäufe

Anzug, Ueberzieher, zusammen 500 Mk. Füllgraf, Gerichtstr. 18.

Gardinen. Das schönste Weihnachtsgeschenk kauft man preiswert Borsigstraße 28, am Stettiner Bahnhof.

Künstlergardinen 75.—, 98.—, 125.—, vom Stück 10.—, 15.—, 70.—, doppeltbreit 16.50, 20.—, 25.—.

Bunte Madras-Garnituren von 195.—, Stores 70.—, 100.—, 135.—.

Tüllbettdecken 62.— bis 175.—. Brautgeschenk und Fahrvergütung nur Borsigstr. 28, am Stettiner Bahnhof.

Halbumsonst! Kreuzfüchse, Zobelfüchse, Alaskafüchse, Muffen. Staunenerregend! Pelzvertrieb Kottbuser Damm 2, neben Jandorf.

Kreuzfüchse, 250,— Alaskafüchse, Zobelfüchse und alle anderen Pelzarten, jetzt zur Hälfte herabgesetzt. — Posten Pelzkragen, Muffen 50.—, Taschenuhren, Schmucksachen, passende Weihnachtsgeschenke. Bekannt billige Preise. (Keine Lombardware.) Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203/4. Ecke Rosenthaler Straße nur 1 Treppe.

Herrenulster, Herrenpaletots, Herrenanzüge, Friedensstoffe, Hälfte herabgesetzt. (Keine Lombardware.) Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203/4 Ecke Rosenthaler Straße.

Räderweiditsch. Leiterwagen, Kastenwagen und alle Sorten Ersatzräder. Kinderwagen, Sportwagen. Weiditsch, Brunnenstr. 96 (Humboldt 874).

Pelzgarnituren! Alaskafüchse 119, Kotfüchse 120, Zobelfüchse 150 Mark, elegante Kreuzfüchse, Silberfüchse, sowie alle anderen Pelzarten, alles neu, keine Pfandware, zu staunenerregend spottbilligen Sommerpreisen! Leihhaus! Warschauer Straße 7.

Gardinenverkauf Deutsch, Landsberger Straße 12.

Frack- u. Gehrockanzüge, Smokinganzüge, Cutawayanzüge, Jackettanzüge, Winterpaletots, Ulster, nur aus besten Friedensstoffen, prima Maßverarbeitung, in allen Größen vorrätig, teilweise wenig getragen, verkauft preiswert: Schnapek, Skalitzer Straße 138. Nähe Kottbuser Tor. (Bitte auf Hausnummer genau achten). Moderne und bürgerliche Gesellschaftsanzüge werd. verliehen.

Gelegenheitskauf. Seidengefertigte elegante Herrenanzüge 285,— Mark, Jünglingsanzüge 240,—, Ruß, Wilhelmstr. 40a, Kochstraßenecke.

500 moderne Herren-Ulster einzeln an Privatleute zu spottbilligen Preisen abzugeben (keine Lombardware) Central-Leihhaus, Jägerstr. 71, Ecke Kanonierstraße.

Gardinen. Großer Weihnachtsverkauf findet jetzt im Spezialgeschäft Schönhorn, Ackerstraße 169-170, Eckhaus Elsasser Str., am Rosenthaler Tor, statt. Ich offeriere Meterware von 8,50 bis 15.—, doppelbreite Gardinen von 18,50 bis 35,—. Riesenauswahl in Künstlergardinen v. 75,— an, Bettdecken, Stores, Madrasgarnituren, Chaiselongue- und Tischdecken von der billigsten bis zur feinsten Qualität zu spottbilligen Preisen. Besichtigung lohnend. Fahrgeldvergütung.

Ulster, Schlüpfer, Paletots, Anzüge, Cutaways, gestreifte Hosen aus reinwollenen Stoffen, prima Maßarbeit verkauft zu enorm billigen Preisen Leihhaus Prinzenstraße 105.

Genossen! Raglans, Ulster, Schlüpfer, Anzüge, Cutaways, gestreifte Hosen, Wintermodelle, sind eingetroffen in unübertroffener großer Auswahl von 560 Mk. an. Burgher, Geiger Straße 20, vorn II. Fahrverbindung Kottbuser Brücke.

Möbel

Chaiselongue, Chaiselonguedecken 1?0,—. Wunderbare Wandbehänge. Göhr, Pappel-Allee 12.

Möbel, gebraucht und neu, Stube und Küche, gut erhalten, 1800,—. Rehfeld, Badstraße 34. Hausnummer achten.

Chaiselongues 150,— bis 600,—, Metallbetten 250,— bis 2000,—, merke: Schlafzimmer Meicke, Augustst. 72a, Quergb.

Kaufgesuche

Schellack
Leim, Terpentin kauft höchstzahlend Pottrag, Grüner Weg 90.

Konoski, Goldschmied, kauft zu günstigen Preisen: Platin, Gold, Silberbruch, unmodernen Schmuck, Zahngebisse, Brennstifte. Eigene Verwertung. Goldwaren-Fabrik Brunnenstraße 168.

Fahrräder

Fahrradgummi billiger! Riesenposten. Schlamm, Weinmeisterstraße drei.

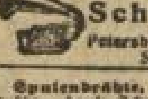
Werkzeuge u. Maschinen

Spiralbohrer, Schmirgelleinwand, Reibahlen, Gewindebohrer, Holzbohrer, Hammer, Handbohrmaschinen, Stechbeitel alle Arten Zangen, Holzschraube, Maschinenschrauben kauft gegen sofortige Kasse Werkzeughandlung Richthofenstraße 10. Königstadt 8807.

Alte Boschkerzen dringend zu kaufen gesucht Schönhauser Allee 163 (Fahrradladen).

Spiralbohrer, Schmirgelleinen, jeden Posten, kauft Schmidt, Köpenickerstr. 86 b.

Boschmagnete, Bergasser, Zündkerzen, Spiralbohrer kauft Neuhaus, Kotzstraße 8.



Grammophone
Teilzahlung
Schmidt,
Petersburger Straße 23

Spulendrähte, Dynamodrähte kauft Schumann, Oranienstraße 78, v. II, Schlesischer Bahnhof.

320% kaufe Werkzeuge höher kauft Belle-Alliance-Straße 96 I.

Spiralbohrer kaufen Werkzeughandlungen Luisenufer 16, Lübecker Str. 33, Rigaer Str. 5.

Spiralbohrer kauft Bergen, Prenzlauer Str. 66 (Alexanderpl.).

Spiralbohrer kauft jeden Posten Lange Str. 13, Eingang Krautstr., Laden.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Maschinenschrauben und Altmetalle kauft Waßmannstraße 22.

Tiermarkt

Riesenkaninchen verkauft Landsberger Str. 11.

Ansiedelungen

Selbstbau
Parzellen teils eingezäunt, nahe Bahnhof Ehrenberg, Hohenneuendorf. Abzahlung. Hülsen, Treitschkestraße.

Verschiedenes

Dauerwäsche repariert Reichenberger Straße 7.

Nehme jede Beleidigung gegen Frau Brumm, Straße 21, zurück und erkläre sie als eine ehrenwerte Frau. Fritz Brauer, Grünauer Str.